

## **Mehr Schub für engagierte ökologische und soziale Politik Wahlplattform Grüne Kanton Bern, Grossratswahlen 2010**

Grüne wählen heisst, in die Zukunft des Kantons Bern investieren. Grüne – das steht für eine engagierte ökologische und soziale Politik. Wir wollen das Lösen der ökologischen Probleme und Herausforderungen nicht unseren Kindern und Enkelkindern überlassen, sondern heute die dringend nötigen Korrekturen einleiten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der niemand fallen gelassen oder ausgeschlossen wird, sondern alle das Recht und die Möglichkeit auf Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben haben. In der aktuellen Wirtschaftskrise ist eine soziale und ökologische Politik wichtiger denn je.

Basis unserer grünen Politik sind die Grundsätze der Nachhaltigkeit. Wir zeigen auf, wie mit begrenzten Ressourcen eine Politik zum Wohle aller formuliert und umgesetzt werden kann. Die zentralen Dimensionen grüner Politik sind die ökologische, die wirtschaftliche und die soziale Nachhaltigkeit. Eine Förderung nur eines der drei Elemente widerspricht den Grundsätzen nachhaltiger, grüner Politik.

So selbstverständlich diese Grundanliegen für uns sind – auf politischer Ebene müssen wir oft darum ringen. Deshalb braucht es im Grossen Rat eine Stärkung der Grünen. Bei den Grossratswahlen wollen wir zu unseren 19 bisherigen Grossratsmandaten mindestens drei hinzugewinnen und damit erstmals eine mehr als zwanzigköpfige Fraktion bilden können. Auf Regierungsebene setzen sich die Grünen für die Wiederwahl unseres grünen Erziehungsdirektors Bernhard Pulver und für die Verteidigung der rotgrünen Mehrheit ein. Denn nur mit dieser Mehrheit können wir unsere ökologischen und sozialen Anliegen umsetzen.

Ob in der Energie- oder Bildungspolitik, in Finanz- oder Steuerfragen: Die Grünen Kanton Bern vertreten klare Positionen. Schwerpunkte setzen wir in den folgenden Themen.

### **1. Energiepolitik: Effizienz statt Verschwendung**



Der Kanton Bern muss dringend die Energiewende vollziehen. Allzu lange hat der bürgerlich dominierte Grosse Rat energiepolitische Fortschritte verhindert. Statt Atom- und Kohlestrom muss Energie aus Sonne, Wind, Wasser und anderen erneuerbaren Energiequellen gefördert werden. Erneuerbare Energien bieten ein attraktives Expansionsfeld für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe – etwa durch die Montage von Solarpanelen oder Sonnenkollektoren und die Nutzbar-

machung von Biogas. Für den landwirtschaftlich geprägten Kanton Bern ist diese Möglichkeit von erheblichem Nutzen. Die schweizerischen Atomkraftwerke – und ganz besonders der Steinzeitreaktor Mühleberg – sind Auslaufmodelle und gehören stillgelegt. Auf AKW-Neubauten ist selbstverständlich zu verzichten. Für die Energiewende reicht es aber nicht, dreckige durch sauberere Energieträger zu ersetzen. Mit mehr Effizienz muss auch der Energieverbrauch reduziert werden, zum Beispiel durch den Einsatz von Best-Technologie-Geräten und durch Gebäudesanierungen. Vielerorts können und müssen Sparmassnahmen der Energieverschleude-

rung ein Ende setzen. Die Grünen Kanton Bern unterstützen diese Bestrebungen nicht nur im Parlament, sondern auch auf direktdemokratischer Ebene: Mit unserer von rund 20'000 Personen unterschriebenen Verfassungsinitiative *Bern erneuerbar* erzeugen wir politischen Druck, damit die Chancen der erneuerbaren Energien auch auf Kantonsebene endlich wahrgenommen werden.

## 2. Klimapolitik: Griffige Massnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion statt zögerliches Abwarten

Viele Folgen der Klimaerwärmung sind im Kanton Bern bereits heute spürbar: Die Gletscher schmelzen, Unwetter werden heftiger und Überschwemmungen nehmen zu. Ein grosser Teil des Kantons liegt im sensiblen Alpenraum. Trotzdem tut sich die Politik schwer mit der Einführung konsequenter Massnahmen zum Schutz des Klimas. Aus grüner Sicht sind die ökologische Steuerreform und die CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe die wichtigsten Instrumente zum Schutz des Klimas. Daneben fordern die Grünen hohe Förderbeiträge für erneuerbare Energien, transparente Labels (wie die Energieetikette) und das Verbot von besonders klimaschädigenden Prozessen, Geräten und Transportmitteln (wie beispielsweise von Offroadern).



Auf nationaler Ebene setzen sich die Grünen mit der Klimainitiative dafür ein, dass die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent reduziert werden. Auf kantonaler Ebene setzen sich die Grünen für eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses durch die Förderung der erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz ein.

## 3. Verkehrspolitik: Kapazitätsausbau bei Bahn und Bus statt bei der Strasse



Droht ein Rückfall in die Zeiten der masslosen Strassenplanungen? Vielerorts werden neue Strassenbauten eröffnet und geplant. In der Stadt Bern der Neufeldtunnel und der überdimensionierte Wankdorfplatz mit doppelstöckigem Kreislauf, in Burgdorf die Zufahrt Emmental. Vielerorts erlebt die Entlastungsstrasse als vermeintliches Mittel gegen den Zuwachs des motorisierten Individualverkehrs ein erstaunliches Revival. Für die Grünen Kanton Bern ist klar: Zusätzlicher Strassenraum führt in den allermeisten Fällen nicht zu weniger, sondern zu mehr Verkehr. Und das ist verkehrt. Deshalb braucht es eine wirksame Förderung des öffentlichen Verkehrs und eine Stärkung des Fuss- und Veloverkehrs auch durch die Schliessung der Mobilitätsketten. Statt der Planung immens teurer Umfahrungstunnels und Entlastungsstrassen, und der fortwährenden kantonalen Subventionierung des Flughafen Bern-Belp mit Steuergeldern, braucht es einen zügigen Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs (z.B. Tram und Bahn); teilweise muss das heutige Angebot gegen die Sparpläne des Bundes verteidigt werden. Gefordert ist der Kanton zudem beim Um- und Ausbau des Bahnhofs Bern: Bereits heute zeigen sich immer deutlicher Kapazitätsprobleme. Für einen nachhaltigen Um- und Ausbau braucht es einen starken und geeinten Auftritt von Kanton, Stadt und Regionsgemeinden. Denn nur mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der konsequenten Förderung des Fuss- und Veloverkehrs kriegen wir die sommerliche Ozonbelastung und die winterliche Feinstaubbelastung in den Griff.

#### **4. Raumentwicklungspolitik: aktiver Natur- und Landschaftsschutz statt Kulturland zube-tonieren**

Pro Sekunde wächst die Siedlungsfläche in der Schweiz um einen knappen Quadratmeter an. Jährlich verschwindet eine Fläche in der Grösse des Brienersees unter Gebäuden, Strassen und Parkplätzen.

Die Grünen setzen sich aktiv für den Natur- und Landschaftsschutz ein. Sie unterstützen daher die Landschaftsinitiative, die demnächst zur Abstimmung kommt und welche ein Moratorium für die Gesamtflächen der schweizerischen Bauzonen verlangt. Auf kantonaler Ebene setzen sich die Grünen für eine gesamtkantonal und regional besser abgestimmte Siedlungsentwicklung ein. Gefragt ist ein besseres Ausnützen und Verdichten von bereits bebauten Flächen – und nicht die Überbauung von grünen Wiesen, egal ob im und rund ums Dorf oder in der Stadt. Statt ausuferndem Einfamilienhausbau sind sowohl raumplanerisch als auch energie- und verkehrspolitisch attraktive Siedlungsentwürfe gefragt. Damit kann auch der ständig zunehmenden Mobilität begegnet werden. Gefragt sind kurze Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort, für das Einkaufen und für die Erholung in der Freizeit. Nachhaltige Entwicklungsperspektiven bieten die sich im Aufbau befindenden regionalen Naturparks. Hier setzen sich die Grünen dafür ein, dass die regionalen Naturparks nicht zum grünen Deckmäntelchen für eine möglichst ungehinderte wirtschaftliche Expansion werden. Vielmehr sollen sie als Basis für eine auf Nachhaltigkeit und Qualität bezogene Entwicklung verstanden werden.



#### **5. Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik: Nachhaltigkeit statt kurzfristiger Rendite**



Die Klimaerwärmung, der zunehmende Rohstoffverbrauch, wachsende Abfallberge und die fortschreitende Zerstörung der Biodiversität und von Landschaften machen deutlich, dass die Wirtschaft einer fundamentalen Kursänderung bedarf. Die Grünen setzen sich für eine nachhaltige Wirtschaft ein, welche die Grenzen des Wachstums respektiert und mit den natürlichen Ressourcen schonend umgeht. Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, er ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Gerade für den landwirtschaftlich geprägten und touristisch attraktiven Kanton Bern ist es verheerend, wenn weiterhin hochwertiges Landwirtschaftsland und Erholungsräume verbaut werden. Investitionen in eine ökologische Wirtschaft und eine naturnahe Landwirtschaft schaffen neue Arbeitsplätze, sichern die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Betriebe und fördern einen sanften Tourismus. Grünes Wirtschaften hat Zukunft.



## 5. Sozialpolitik: Integration statt Ausschluss



Soziale Gerechtigkeit ist für die Grünen Kanton Bern ein Hauptanliegen – nicht erst seit die Welt in den Strudel der Weltwirtschaftskrise gerissen wurde. Die Arbeitslosenquote ist auf eine besorgniserregende Höhe geklettert und droht weiter anzusteigen. Daher braucht es einen Ausbau der Investitionstätigkeit, aber auch der Angebote für Arbeitslose. Besondere Anstrengungen braucht es, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Kaufkraft der Bevölkerung gilt es angesichts der im Kanton Bern überdurchschnittlich ansteigenden Krankenkassenprämien und drohender Pensionskassensanierungen zu erhalten. Bei der Sozialhilfe haben die jahrelange Spar- und Abbaupolitik, das neoliberale Mantra der «Selbstverantwortung» und die zumeist undifferenzierte Polemik um Sozialversicherungs- und Sozialhilfemissbrauch den Grundkonsens der sozialen Fürsorge

erschüttert. Eine besorgniserregende Entsolidarisierung droht bei der anstehenden Revision des kantonalen Gesetzes, welches die Finanzierung der Sozialhilfe regelt.

Die Grünen Kanton Bern setzen sich für eine Politik ein, die allen die Teilhabe und Mitbestimmung am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die individuelle Sozialhilfe muss weiterhin nach dem bewährten, solidarischen Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden finanziert werden. Eine einseitige Kostenübertragung auf die Gemeinden lehnen die Grünen ab, würde doch damit den überwunden geglaubten «Armenjagden» Tür und Tor geöffnet. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung setzen sich die Grünen Kanton Bern für ein quantitativ ausreichendes und qualitativ hoch stehendes Angebot ein. Dem Trend, den mengenmässigen Ausbau des Angebotes mit einem qualitativen Abbau zu «finanzieren», widersetzen sich die Grünen. Kindertagesstätten können ihren Integrations- und Bildungsauftrag nur dann wahrnehmen, wenn die personellen Ressourcen ausreichen.

## 6. Bildungspolitik: Bildungschancen verbessern statt Benchmarkkultur einführen



Der grüne Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver hat in der letzten Legislatur zahlreiche langjährige Reform- und Ausbauforderungen in der Bildungspolitik wirksam vorangetrieben. Beispielsweise konnte das Tagesschulangebot auf eine stabile Grundlage gestellt und spürbar ausgebaut werden; dies auch dank einer von den Grünen mitgetragenen Volksinitiative. Verbesserungen wurden bei der Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen erzielt. Schliesslich hat der Re-

gierungsrat bei der Erarbeitung des durch die Wirtschaftskrise geprägten Voranschlags 2010 erfreulicherweise darauf verzichtet, den Bildungsbereich mit unverantwortbaren Sparmassnahmen zu belasten.

Trotz diesen Erfolgen stehen weiterhin viele Themen auf der bildungspolitischen Agenda der Grünen. Die Grünen stehen für ein durchlässiges Bildungswesen und eine selektionsärmere Volksschule ein und nehmen die Anliegen der Lehrkräfte ernst. Ihre Arbeitssituation gehört verbessert, damit künftig genügend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen. Dazu muss der Kanton seine Versprechen einhalten und die im Jahr 2000 als Übergangsmassnahme erhöhte Pflichtlektionenzahl wieder reduzieren, sobald die finanziellen Möglichkeiten dies zulassen. In der Berufsbildung sind die Anstrengungen zu intensivieren, damit möglichst

alle zu einem Berufsabschluss auf Stufe Sek-II gelangen und faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Mit dem Ausbau der Attest-Ausbildungen besteht eine Möglichkeit, schulisch schwächeren jungen Menschen eine qualifizierte Berufsbildung zu ermöglichen. Daneben ist ein attraktiver Bildungsstandort mit qualitativ hochstehenden Fachhochschulen und einer starken Universität mit breitem Angebot für die Entwicklung des Kantons zentral. Durch ihre Forschung und ihre Innovationskraft sind sie ein wichtiger Motor für den Wirtschafts- und Bildungsstandort Bern auf dem Weg in eine grüne Zukunft.

## 7. Gesundheitspolitik: Menschen statt Geräte ins Zentrum stellen



Im Gesundheitswesen steigen die Kosten Jahr für Jahr – gleichzeitig mangelt es immer mehr an Pflegepersonal. Für viele Menschen und namentlich für Familien wird das Begleichen der Krankenkassenrechnungen zur immer grösseren Herausforderung – gleichzeitig üben sich Spitalgruppen in einem absurden Aufrüstungswettlauf im Bereich der hochspezialisierten Medizin. Im Raum Bern führt die Konkurrenz zwischen Privatspitälern, regionalen Spitalzentren und dem Universitätsspital Insel zu unnötigen Doppelspurigkeiten. Diese tragen nicht zu einer Verbesserung, sondern

allein zu einer Verteuerung des Gesundheitswesens bei.

Die Grünen stehen für eine Gesundheitspolitik ein, in welcher der Mensch im Zentrum steht. Hausärztinnen und -ärzte und neue Angebote der Grundversorgung nehmen dabei eine wichtige Rolle ein; sie tragen auch zur Kosteneindämmung im Gesundheitswesen bei. Nötig ist ein Ausbau des Angebots an Spitex, gerade für ältere Menschen. Das Universitätsspital stellt wichtige Angebote im Bereich der Hochspezialisierten Medizin und der Ausbildung. Doppelspurigkeiten und Mehrfachinvestitionen in Geräte der hochspezialisierten Medizin auf engstem Raum gilt es hingegen zu unterbinden. Das Pflegepersonal braucht faire Anstellungsbedingungen und wo nötig müssen zusätzliche Stellen und praktische Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dies bedeutet aber auch, dass die Spielräume auf kantonaler Ebene ausgeschöpft werden, um die sozialpolitisch immer wichtigeren Krankenkassen-Prämienverbilligungen vollumfänglich zu gewähren, ja auszubauen. Zudem erwarten die Grünen, dass die Mehrbelastung der öffentlichen Hand durch die revidierte Spitalfinanzierung zu einer Entlastung der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler führt, d.h. zu tieferen Krankenkassenprämien.

## 8. Finanz- und Steuerpolitik: Solide Finanzen statt ungerechte Umverteilung

Die Finanzlage des Kantons Bern hat sich in den letzten fünfzehn Jahren Schritt für Schritt verbessert. Gleichwohl hat die Stimmbevölkerung 2008 einer einengenden Schuldenbremse zugestimmt, welche gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise die Handlungsspielräume reduziert. Die Grünen Kanton Bern setzen sich für eine ausgewogene Finanzpolitik ein, welche sowohl eine erneute Schuldenspirale als auch einen Leistungsabbau ausschliesst. Gerade in der Wirtschaftskrise ist es zentral, die konjunkturellen Verwerfungen nicht durch



Sparmassnahmen zusätzlich zu verschärfen.

Gute öffentliche Leistungen setzen eine solide Finanzierung voraus. Die Grünen widersetzen sich aus diesem Grund der grassierenden Steuersenkungsideologie – gemeinsam mit der Berner Bevölkerung. Mit dem von den Grünen Kanton Bern lancierten Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass» konnte einer solidarischen Steuerpolitik zum Durchbruch verholfen und der unsozialen Umverteilung durch Steuersenkungen in den obersten Einkommens- und Vermögensbereichen ein Riegel geschoben werden.

### 9. Lohn- und Gleichstellungspolitik: Faire Löhne statt Lohndifferenzen



Noch immer verdienen Frauen in der Schweiz rund 20% weniger als Männer. Der Kanton Bern macht da keine Ausnahme. Oft heisst es, ein Teil der Lohndifferenz sei erklärbar, weil Frauen in Kaderpositionen weniger oft vertreten seien als Männer. Die Grünen meinen: «Erklärbar ist nicht entschuldbar.» Wir fordern deshalb geeignete Fördermassnahmen, damit die effektive Gleichstellung von Frauen im Arbeitsleben auf allen Stufen umgesetzt wird. Neben Förderprogrammen braucht es dazu einen Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung. Und sonnenklar ist, dass bestehende diskriminierende Lohndifferenzen sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch in der Privatwirtschaft umgehend korrigiert werden. Die Grünen Kanton Bern erachten es als wichtig, dass die Gleichstellung auch über das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand vorangetrieben wird. Bei der öffentlichen Hand stehen die Grünen Kanton Bern für eine faire Anstellungspolitik ein, welche gerade in der Krise sicherstellt, dass die Kaufkraft des Personals erhalten bleibt.

### 10. Kulturpolitik: Gemeinsam koordinieren statt Hahnenkämpfe inszenieren

Zu einem bewegten Leben gehört ein breites, vielfältiges Kulturangebot. Die neue kantonale Kulturstrategie stellt einen Grundkonsens dar, wie die Kultur im Kanton Bern gefördert werden soll. Viele Fragen bleiben jedoch offen, so jene nach dem Raum der Gegenwartskunst, den Zusammenarbeitsformen von Stadttheater und Berner Symphonieorchester, der interregionalen Zusammenarbeit wie etwa zwischen den Orchestern in



Bern und Biel, dem Stellenwert des Tanzes inner- und ausserhalb des Stadttheaters Bern und anderes mehr. Für die Grünen Kanton Bern ist klar: Neben der (Mit-)Finanzierung muss der Kanton das Kulturangebot vor allem auch koordinieren und eine kohärente gesamtkantonale Kulturpolitik ermöglichen. Zudem wollen die Grünen Kanton Bern die Kulturvermittlung fördern. Denn Kultur darf kein Luxusgut für einige Wenige sein.



## 11. Gesellschaftspolitik: Grundrechte sichern statt Dauerüberwachung einführen



«Grundrechte schaffen Sicherheit.» Dieser Grundsatz einer liberalen Gesellschaftspolitik ist in den letzten Jahren unter Druck geraten: Ob bei den Sozialversicherungen, der Sozialhilfe oder dem öffentlichen Raum: Daten- und Persönlichkeitsschutz sowie Bewegungs- und Versammlungsfreiheit sind immer stärker in Frage gestellt. Den Grünen ist der Schutz vor permanenter Überwachung ebenso ein Anliegen wie der Schutz vor (staatlicher) Willkür. Deshalb setzen wir uns gegen kantonale

Bettelverbote ebenso ein wie gegen eine ausufernde Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Ebenso entschieden wehren wir uns aber gegen Gewalt im öffentlichen wie auch im privaten Raum und unterstützen geeignete Massnahmen zu deren Eindämmung. Zu einem attraktiven öffentlichen Raum gehört ein hoher Sicherheitsstandard. Um diesen zu erreichen, sind sozial- und ordnungspolitische Massnahmen und Interventionen auf sinnvolle Art zu kombinieren.

Zu den Grundrechten gehört die Teilhabe am politischen Leben. Damit unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ihr demokratisches Mitbestimmungsrecht ausüben können, setzen sich die Grünen Kanton Bern für die Einführung des Stimm- und Wahlrechts von langjährig ansässigen Ausländerinnen und Ausländern ein und unterstützen die demnächst zur Abstimmung kommende Initiative «zäme läbe – zäme schtimme». Dies umso mehr, als sich bereits zahlreiche Gemeinden im Kanton Bern klar für das Ausländerstimmrecht ausgesprochen haben.

10. November 2009